

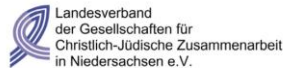


Rundbrief 4 / 2024



Braunschweig
im
November 2024
Cheschwan 5784

Start einer landesweiten Kampagne gegen Antisemitismus



„Niedersachsen gegen Antisemitismus“ – so heißt die vom Niedersächsischen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den

Schutz jüdischen Lebens, Herrn Prof. Dr. Gerhard Wegner, ins Leben gerufene, niedersachsenweite Kampagne, die ab dem 07. November 2024 insbesondere über Social-Media-Kanäle das gesamte Bundesland Niedersachsen bespielt.

Die Kampagne besteht aus insgesamt sieben Bildmotiven, die unter dem Motto „Antisemitismus beginnt im Alltag – Widersprechen statt weghören“ typische Redewendungen wie „Ich habe ja nichts gegen Juden, aber...“, die häufig antisemitische Aussagen einleiten, thematisiert. Auf der Internetseite www.niedersachsen-gegen-antisemitismus.de werden außerdem weiterführende Informationen, Beratungsangebote und Tipps zur Gegenrede zur Verfügung gestellt.

Neben dem Antisemitismusbeauftragten wird die Kampagne von einem breiten Netzwerk aus Zivilgesellschaft und staatlichen Organen, darunter der DGB, der Unternehmerverband Niedersachsen, die Kirchen und der LandesSportBund Niedersachsen sowie dem Flüchtlingsrat Niedersachsen unterstützt. Dündar Kelloglu, Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrats Niedersachsen: „*Antisemitismus ist leider in allen Gesellschaftsschichten verbreitet. Als Jemand mit Zuwanderungsgeschichte sehe ich es als meine Aufgabe, auch bei ZuwanderInnen gegen Antisemitismus vorzugehen.*“

Start einer landesweiten Kampagne gegen Antisemitismus

Antisemitismus im Alltag erkennen, ihm entgegenzutreten und entschieden zu widersprechen, das ist Ziel der vom Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens, Prof. Dr. Wegner, ins Leben gerufenen Kampagne „Niedersachsen gegen Antisemitismus“. Am heutigen Donnerstag gab er gemeinsam mit Landtagspräsidentin Hanna Naber, Justizministerin Dr. Kathrin Wahlmann sowie dem Präsidenten des Landesverbands jüdischer Gemeinden von Niedersachsen Michael Fürst und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbands israelitischer Kultusgemeinden in Niedersachsen Dr. Achim Doerfer, den Starschuss für die niedersachsenweite Aktion.

Die Kampagne beinhaltet insgesamt sieben Bildmotive mit dem Motto „Antisemitismus beginnt im Alltag – Widersprechen statt weghören“, die ab November bis zum 20. Dezember sowohl über Social-Media-Kanäle und über Plakate verbreitet werden. Unter www.niedersachsen-gegen-antisemitismus.de werden außerdem weiterführende Informationen, Beratungsangebote und Tipps im Umgang mit antisemitischen

Erzählformen bereitgestellt. Eine Besonderheit der Kampagne ist die breite Unterstützung der Aktion durch Netzwerke aus der Zivilgesellschaft und staatlicher Organisationen, um im Kampf gegen Antisemitismus eine noch größere Sichtbarkeit zu erreichen.

„Ziel der Kampagne ist es, möglichst viele Niedersächs:innen darauf aufmerksam zu machen, dass Antisemitismus bereits in kleinen Situationen im Alltag beginnt und wie wichtig es ist, hier zu widersprechen!“, so der Landesbeauftragte Prof. Dr. Wegner.

„Als Demokratinnen und Demokraten sind wir gefordert, uns dem erstarkenden Antisemitismus entschieden entgegenzustellen. Dass Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Kultur in ihrem eigenen Land nicht frei und sicher leben können, ist schockierend und nicht hinnehmbar. Wenn wir das ‚Nie wieder‘ ernst nehmen, dann ist jetzt die Zeit zu handeln“, erklärt Landtagspräsidentin Hanna Naber.

Der Präsident der jüdischen Gemeinden Michael Fürst freut sich: „Neue Zeiten, neue Wege! Ich begrüße diese Aktion sehr. Wir müssen über alle denkbaren Wege die Menschen, insbesondere junge Menschen, versuchen zu erreichen und gegebenenfalls auch plakativ Gefahren deutlich machen.“



Dr. Doerfer lobt: „Ich begrüße aus jüdischer Sicht, aber auch als Bürger dieses Landes, dass nicht zuletzt Folgendes deutlich kommuniziert wird:

Jüdinnen und Juden dürfen nicht auf einen Opferstatus reduziert werden. Beim Kampf gegen den Antisemitismus sind nicht primär die Vorwürfe gegen die Jüdinnen und Juden in den Blick zu nehmen. Und schließlich wohnt der Kampagne ein Element der Universalität inne. Und das gerade in Zeiten, wo das immer wieder schmerzlich zu vermissen ist, ja, unterschiedliche marginalisierte Gruppen von je interessierter Seite gerne gegeneinander ausgespielt werden.“

Justizministerin Dr. Kathrin Wahlmann betont, wie wichtig ein couragiertes Vorgehen gegen Antisemitismus ist: „Als Landesregierung bekämpfen wir jede Form von Antisemitismus mit großer Entschlossenheit. Der Kampf gegen antisemitisches Gedankengut kann aber nicht allein auf politischem Wege gewonnen werden. Was es zusätzlich braucht, ist eine Zivilgesellschaft, die sich jeder Erscheinungsform des Antisemitismus mit lauter Stimme entgegenstellt. Die von Dr. Wegner initiierte und von einem breiten Bündnis getragene niedersachsenweite Kampagne gegen Antisemitismus setzt deshalb an genau der richtigen Stelle an. Es ist an uns allen, antisemitischen Ansichten im Alltag entschieden entgegenzutreten und so zu zeigen: In Niedersachsen ist kein Platz für Antisemitismus!“

Judenfeindschaft war die Regel

Christlicher Antisemitismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Die christlichen Kirchen verurteilen heute deutlich jegliche Form von Antisemitismus. Doch das war nicht immer so. Wie sich christlicher

Antisemitismus im 20. Jahrhundert zeigte und wie er den Boden für die Shoah bereitete, erläutert der Berliner Historiker **Manfred Gailus**.



Im Jahr 1909 verstarb der prominente Berliner Hof- und Domprediger Adolf Stöcker, maßgeblicher kirchlicher Mitbegründer eines modernen Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich. Die Gedenkrede auf ihn hielt Reinhold Seeberg, Theologe an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Er gilt als

Hauptbewahrer Stoeckerschen Geistes unmittelbar nach Stoecker: christlich-sozial, monarchisch-konservativ und Verkünder antisemitischer Ressentiments. Zudem steht Seeberg für persönliche Kontinuitäten zum rassistischen Antisemitismus der Deutschen Christen im „Dritten Reich“. Als er im Oktober 1935 starb, hielt NS-Reichsbischof Ludwig Müller ihm die Grabrede in Ahrenshoop an der Ostsee.

Seebergs Vortrag über Judentum und Kirche, den er 1922 vor dem Central-Ausschuss für Innere Mission in Nürnberg hielt, lässt über seine Haltung keine Zweifel aufkommen: Es gelte, den Kampf gegen „jüdischen Geist“ als eine dem Christentum und dem Deutschtum feindliche Richtung zu führen. Das Judentum sei an Umstürzbewegungen bei Kriegsende beteiligt gewesen. Es befördere die „Auflösung des geschichtlichen und nationalen Lebens der Völker“. Seeberg sah im Judentum einen Fremdkörper in den Nationen. Seine Ausführungen gipfelten in dem Satz: „Das Gift, das der Jude anderen reicht, schadet ihm selbst nichts.“ Die Entfesselung eines „Rassenkampfes“ gegen das Judentum mit dem Ziel der Vertreibung erachtete er indessen als Irrweg. Man könne schließlich nicht zu den Methoden des Bolschewismus greifen. Was Luther in seiner Zeit noch erwogen haben mochte, meinte der Theologe, das habe heute keinen Sinn mehr.

Bereits zu Kriegszeiten 1914–18 tat sich Hof- und Domprediger Bruno Doehring mit fanatischen Kriegspredigten hervor. Seine Kampfrhetorik, begleitet von antisemitischen Ressentiments, radikalisierte sich in gleichem Maße, wie die Kriegsentscheidung zu Ungunsten der Mittelmächte auszugehen schien. In seiner Karfreitagspredigt im letzten Kriegsjahr 1918 mischte sich Antijudaismus mit genuin völkischem Antisemitismus. Die Juden der Zeit Jesu, predigte er, seien Vertreter dessen gewesen, was wir heute als „Außenkultur“ bezeichnen: auf Gewinn, Geld und Macht eingestellt, schreckten sie nicht vor Lüge und Gewalt zurück. Gewiss seien nicht alle so gewesen, konzedierte er, es habe auch manches ehrliche Herz im jüdischen Volk gegeben. Aber ihre Führer habe Jesus alle entlarvt. Durch gekaufte Zeugen und dank eines unfähigen Richters Pontius Pilatus, „der kein Mann, sondern eine Memme war“, brachten sie ihn schließlich ans Kreuz.

Nach Kriegsende gehörte Domprediger Doehring wie Professor Seeberg mit zu den Erfindern der „Dolchstoßlegende“. Doehring sympathisierte mit



Reichspräsident Paul von Hindenburg geht mit Hofprediger Bruno Doehring 1933 zum Gottesdienst in den Berliner Dom

der völkischen Bewegung und verbreitete christlich-antisemitische Botschaften. In seiner Dompredigt vom 25. April 1924 hieß es, die in Deutschland so brennende „völkische Frage“ sei durch das „schamlose Gebaren des christusfeindlichen Judentums“ erweckt worden. Das Judentum, so Doehring, der gewöhnlich vor zwei- bis dreitausend Gläubigen im Berliner Dom sprach, habe Gnadenstunden erlebt und hätte „innerlich das Volk der Erde“ werden können, aber es habe seine Propheten gesteinigt und Christus ans Kreuz geschlagen. Damit habe es sich selbst als Volk zum Sterben verurteilt und sei lediglich als „Rasse“ über die Welt zerstreut übrig geblieben. Seiner großen Hörergemeinde verkündete der Geistliche im Jahr 1924, die Juden seien die „typisch Negativen“ in der Welt geworden. Mit solchen Überzeugungen wirkte der politische Prediger während der Weimarer Republik in zahlreichen Verbänden und Vereinen, zeitweilig als Präsident des Evangelischen Bundes, durch Zeitungen und als Reichstagsabgeordneter der DNVP.

Im September 1926 publizierte Hans Meiser, Rektor des Nürnberger Predigerseminars und seit 1933 Landesbischof der evangelischen Kirche in Bayern, einen Artikel zur „Judenfrage“ aus kirchlicher Sicht. Anlass war der Vortrag des Frankfurter Juristen Ernst Cahn, ein Protestant jüdischer

Herkunft, auf einer Tagung des Evangelisch-Sozialen Kongresses in Nürnberg. Als das antisemitische Hetzblatt „Der Stürmer“ diesen Auftritt skandalisierte, fiel Meiser die Aufgabe zu, im Kirchenblatt grundsätzlich zum Streitthema „Juden“ Stellung zu nehmen. Resultat war der Versuch eines Kirchenführers, den krassen Antisemitismus des Stürmers durch gemäßigten christlichen Antisemitismus zu bekämpfen. Faktisch enthielt sein Artikel, so Meiser-Biografin Nora Andrea Schulze, den „gesamte(n) Kanon bürgerlicher antisemitischer Stereotypen“. Zwar seien viele wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Leistungen Juden zu verdanken, aber ihr Einfluss sei deshalb so unheilvoll, weil ihr „Verstand etwas Zerfressendes, Aetzendes, Auflösendes in sich“ habe. Im Einklang mit einer verbreiteten Theologie der Schöpfungsordnungen lehnte Meiser Ehen zwischen christlichen Deutschen und Juden ab. Er bezeichnete Treue gegen das eigene Volk als ernste Christenpflicht und meinte, Gott wolle keine „rassisch unterwertige(n) Mischlingsbildungen“. Er votierte für Begrenzung des jüdischen Einflusses und Judenmission.

Keine Außenseiter

Die drei zitierten Stimmen stammen nicht von Außenseitern, sondern von prominenten Kirchenmännern und können als repräsentativ für den Nationalprotestantismus der Weimarer Epoche gelten. Sie stehen für einen hybriden Antisemitismus, der christlichen Antijudaismus mit Elementen eines politischen und kulturellen Antisemitismus kombinierte. Genuin völkische Ideen mischten sich in dieses Weltbild hinein. In ihrer Summe votierten solche Stimmen für Zurückdrängung jüdischen Einflusses in Politik, Kultur und Gesellschaft. Zugleich sprachen sie sich für jüdische Assimilation an die christliche Mehrheitskultur und Konversion zum Christentum aus.

In den krisenhaften Endjahren der Weimarer Republik erfolgte im protestantischen Milieu eine politische Umorientierung von den Deutschnationalen zur NSDAP. Ein Ausdruck dieser Neuausrichtung war die Christlich-deutsche Bewegung, ein vorwiegend von Pfarrern gebildetes Netzwerk explizit völkisch argumentierender Kirchenmänner. Die Bewegung hatte das Ziel, die demokratische Republik durch einen autokratischen christlichen Staat abzulösen. Teile dieser Bewegung schwenkten 1932 zur neugegründeten Glaubensbewegung Deutsche Christen (DC) über. In ihren „10 Richtlinien“ bekannte sich diese von

Pfarrern geführte kirchenpolitische Partei zu Rasse, Volkstum und Nation als von Gott geschenkten Lebensordnungen. Judenmission lehnte sie ab. Eheschließungen zwischen „Deutschen und Juden“ seien zu verbieten.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich im Auftrag des Vorstandes der Gesellschaft für chr.-jüd. Zusammenarbeit Nds.- Ost e.V.

Verantwortlich für den Inhalt: Siegfried Graumann,
Auf dem Brink 9, 38112 Braunschweig - Tel.: 0531 322264

Bankverbindung:

Braunschweigische Landessparkasse BIC: NOLADE2HXXX (BLZ 250 500 00)

Kontonummer IBAN: DE78 2505 0000 0007 0308 02 (7030802)

Die Gesellschaft für chr.-jüd. Zusammenarbeit Nds.- Ost e.V. ist gemäß dem Freistellungsbescheid des Finanzamtes BS-Wilhelmstraße vom 21.03.2014 als Körperschaft berechtigt, „entsprechende Zuwendungsbestätigungen für steuerliche Zwecke auszustellen“.

Für Geldzuwendungen bis 100.- Euro gilt der Überweisungsträger als Beleg.

eMail: info@gcjz-niedersachsen-ost.de Internet: www.gcjz-niedersachsen-ost.de

Zuschriften, Anregungen und Beiträge sind erwünscht.

Redaktionsschluss für den nächsten Rundbrief ist der Februar 2025

Mit dem Machtantritt Hitlers und der kirchlichen Machtergreifung der DC in den meisten Landeskirchen radikalisierte sich der traditionell vorhandene protestantische Antisemitismus auf gravierende Weise. Die Fülle entsprechender Bekenntnisse seit 1933 ist überwältigend. So publizierte der renommierte Tübinger Neutestamentler Gerhard Kittel unter dem Titel Die Judenfrage gleich zu Beginn der Hitlerzeit eine der einflussreichsten Stellungnahmen der Epoche. Er wolle mit seiner Schrift dem Kampf gegen das Judentum eine christliche Sinndeutung geben. Kittel beklagte die verderblichen Folgen der jüdischen Assimilation. „Sinn unseres antisemitischen Kampfes“ müsse sein, Juden wieder unter strenges Fremdenrecht zu stellen. Auch der Christ habe seinen Platz an dieser Kampffront. Letztlich liege die Erfüllung des Judentums in der Anerkennung Jesu als Erlöser auch der Juden. Durch leichtfertiges Taufen habe die Kirche seit Jahrhunderten schwere Schuld auf sich geladen. Kittel lehnte die Judenmission zwar nicht ab, betonte aber zugleich: Ein Jude werde durch den Übertritt nicht Deutscher, sondern bleibe „Judenchrist“. Diese sollten nicht Pfarrer in einer deutschen Kirche werden, vielmehr eine gesonderte judenchristliche Kirche bilden. Juden seien einst das Volk Gottes gewesen, sie sind es nun nicht mehr. Weil sie Jesus kreuzigten,

seien sie heimatlos geworden. Im Neuen Testament erkannte der Tübinger Theologe das „antijüdischste Buch der ganzen Welt“. Die „unheilvolle Blut- und Rassenmischung“ seit der Aufklärung habe eine „Zersetzung“ des deutschen Volkes bewirkt und könne nur durch strikt völkische Politik korrigiert werden.

Für protestantisches Alltagsleben der Hitlerzeit war der „Bruderkampf im eigenen Haus“ zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche (BK) der beherrschende Konflikt. Im Zentrum standen die Haltung zur „Judenfrage“ sowie der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im eigenen Haus. Wo sie herrschten, betrieben die DC aus völkisch-antisemitischen Motiven die Tilgung aller jüdischen Spuren in Theologie, Liturgie und Kirchentradition. Das begann mit der schwer lastenden Frage: War Jesus Jude? Vielfach wurde das Jüdischsein der christlichen Gründerfiguren geleugnet oder durch obskure Theoriebildung ‚widerlegt‘. „Nichtarische“ Pfarrer und andere kirchliche Mitarbeiter wurden aus dem Dienst gedrängt. Das Alte Testament war als „Judenbuch“ aus der Bibel zu streichen. Hinzu kam eine Verdeutschung der traditionellen Liturgie. Kirchenlieder waren umzuschreiben: Es sollte künftig kein „Zion“ mehr und kein „Hosianna“ in der Kirche sein.

Vorträge über „Luther und die Juden“ oder „Adolf Stoecker als Bahnbrecher unserer Bewegung“ waren bei den DC an der Tagesordnung. Der Berliner Superintendent Johannes Schleuning dankte im März 1937 für die Sondernummer des Stürmers zur „Judenfrage“. Er bezeichnete die krass antisemitische Publikation des Hetzblatts als „machtvolle Verteidigung des Christentums und der christlichen Kirche gegen ihren Erbfeind – das Judentum.“ Mit Stolz betonte er, die von Hitler den Deutschen geschenkten „Nürnberger Gesetze“ hätten ihre Vorläufer in der Judengesetzgebung der christlichen Kirche gehabt. Der im Stürmer geschilderte Christus, so meinte der Pfarrer, sei „Arier“, ein nordischer Held und entspreche der Sicht des „großen Christuskünders“ Houston Stewart Chamberlain.



Die DC vermochten etwa ein Viertel der Evangelischen durch ihre antisemitischen Ressentiments zu prägen. Die BK vermied explizite Statements zur NS-Judenpolitik. Vorherrschend war die Meinung, dies sei politische Angelegenheit des Staates, nicht jedoch der Kirche. Die BK kümmerte sich um „getaufte Juden“ in ihren Reihen und unterstützte sie nach Kräften. Aber trotz jahrelanger Debatten zur theologischen Klärung der „Judenfrage“ kamen BK-Theologen nicht zu handlungsrelevanten Resultaten. Die Kirchenopposition konnte in dieser Frage nicht mit einer Stimme sprechen. Vielfach herrschte Ambivalenz im Bekenntnislager, neben Sympathieerklärungen für Verfolgte gab es explizit antisemitische Stimmen. Pfarrer Siegfried Knak, Mitglied im Berliner Bruderrat und Berliner Missionsdirektor, sah in einem 1935 formulierten „Wort der Mission zur Rassenfrage“ das jüdische Volk unter einem besonderen Gericht. Es bringe jenen Völkern, in denen es lebe, oft Verderben. Der Staat sei daher zu harten Maßnahmen befugt. Im Judentum erkannte er einen „Schädling“, einen Feind des Christentums.

Wenige Ausnahmen

Ein öffentliches Wort der BK als Institution zum Streitthema kam nie. Die Barmer Theologische Erklärung (Mai 1934) enthielt keine These zur „Judenfrage“. Einzelstimmen wie Dietrich Bonhoeffer mit seinem Vortrag „Die Kirche vor der Judenfrage“ vom April 1933 oder die Studienrätin Elisabeth Schmitz mit ihrer Solidarität anmahnenen Denkschrift „Zur Lage der deutschen Nichtarier“ (1935) gehörten zu den wenigen Ausnahmen.



Zu den Novemberpogromen 1938 schwiegen die Protestanten im Allgemeinen. Vereinzelt gab es explizite Zustimmung zu den Gewaltereignissen, so bei Landesbischof Martin Sasse in Thüringen oder

Landesbischof Walther Schulz (Mecklenburg), in dessen „Mahnwort zur

Judenfrage“ es zwei Wochen nach den Pogromen heißt: Kein christlicher Deutscher könne die Maßnahmen gegen die Juden „bejammern“. Das „jüdische Gift der Zersetzung“ müsse restlos aus dem deutschen Volk ausgeschieden werden. Kritische Stimmen wie jene von Helmut Gollwitzer in seiner Dahlemer Bußtagspredigt vom 16. November 1938 blieben seltene Ausnahmen. Maßgeblich initiiert durch Walter Grundmann, einen theologischen Schüler Gerhard Kittels, wurde im Mai 1939 auf der Wartburg bei Eisenach das „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ gegründet. Das von mehreren Landeskirchen finanziell unterstützte Institut hatte zum Ziel, Theologie, Liturgie und kirchliche Liedkultur von jüdischen Spuren zu „reinigen“ und damit eine dem NS-Regime wohlgefällige, „entjudete“ Kirche anzubieten. Die ebenso christlich wie rassistisch motivierte Institutsarbeit begleitete den Krieg Hitlers mit seinen Deportationen und Holocaust bis Kriegsende 1945.

Das Wissen um den massenhaften Judenmord im Osten drang im Verlauf des Krieges weit in die NS-Gesellschaft vor. Ein präziser Augenzeugenbericht von Kurt Gerstein über den Massenmord in Gaskammern durch Zyklon B gelangte im August 1942 an Kirchenführer wie Otto Dibelius und vermutlich durch ihn an die Bischöfe Hans Meiser in Bayern und Theophil Wurm in Württemberg. Öffentliche Proteste der Bischöfe folgten nicht. Allerdings legte Bischof Wurm wiederholt brieflich Einspruch bei NS-Führern ein. In seinem Schreiben vom 16. Juli 1943 an Hitler verurteilte er die Vernichtungsmaßnahmen. Sie stünden im schärfsten Widerspruch zu dem Gebot Gottes und verletzten das Fundament allen abendländischen Denkens und Lebens. Wie sich zeigte, blieb diese Art von vertraulicher Eingabepolitik wirkungslos.



Offener Protest gegen die staatlichen Maßnahmen war gefährlich. Im Gottesdienst verkündete der junge reformierte Theologe Helmut Hesse in Wuppertal im Juni 1943: Die Kirche habe jedem Antisemitismus in ihren Gemeinden zu widerstehen. Dem Staat gegenüber habe sie die heilsgeschichtliche Bedeutung Israels zu bezeugen und gegen jeden Versuch, das Judentum zu vernichten, Widerstand zu leisten. „Nichtarier, ob Jude oder Christ, ist heute in Deutschland der unter die Mörder Gefallene.“

Zwei Tage später wurde er verhaftet und nach langer Gefängnishaft in Wuppertal in das KZ Dachau eingeliefert. Dort verstarb der Theologe am 24. November 1943 im Alter von 27 Jahren.

© **zeitzeichen** Langjährige Kommentare zu Religion und Gesellschaft 11/2024

Manfred Gailus ist ein deutscher Historiker und Hochschullehrer. Seit 2005 ist er außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Berlin.



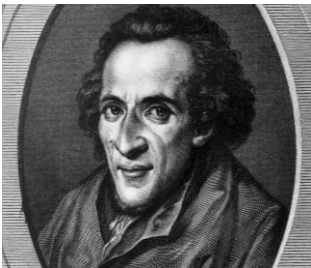
Gesprächskreis

☞☞ **Gemeindehaus St. Katharinen**
An der Katharinenkirche 4
38100 Braunschweig

Die Treffen sind jeweils um 16.00 Uhr.
Gäste sind, wie immer, herzlich willkommen.
Der Eintritt ist frei.

Dienstag, 19. November 2024

Moses Mendelssohn und die Jüdische Aufklärung (Haskala)



Moses Mendelssohn (1729-1786) gehört zu den Schlüsselfiguren der europäischen Aufklärung. Zugleich ist der in Dessau als Sohn eines Toraschreibers geborene Philosoph, Ästhetiker, Kritiker und Publizist Nestor und Symbolfigur der Jüdischen Aufklärung (Haskala). Der Nachmittag soll Mendelssohns intellektuelles Profil konturieren und zugleich die Agenda der Haskala an exemplarischen Projekten verdeutlichen.

Unser Gast ist **Prof. Dr. Cord-Friedrich Berghahn**, Technische Universität Braunschweig, Institut für Germanistik

Dienstag, 17. Dezember 2024

Theologie und Politik bei Karl Barth und Karl Ludwig Schmidt im Jahr 1933

Im Jahr 1933 waren der Neutestamentler Karl Ludwig Schmidt und der Systematiker Karl Barth befreundete Kollegen in der Bonner Evang.-Theol. Fakultät. Trotz großer Unterschiede – nicht zuletzt ihrer Charaktere – teilten sie theologische Grundentscheidungen. Beide waren, für Theologen ihrer Zeit sehr ungewöhnlich, Mitglieder der SPD. Als 1933 die Nationalsozialisten die Macht im Staat übernahmen und sofort mit Gewaltmaßnahmen einschneidende Fakten setzten und der Demokratie ein schnelles Ende bereiteten, wideretzten sie sich dem bösen Zeitgeist, der eine im Versuch verdeckter politischer Aktivität, der andere durch die Art



und Weise seines Theologietreibens. Schmidt wurde bereits im September 1933 als Beamter entlassen, Barth im Juni 1935. Wie sie beide auf die politische Herausforderung des Jahres 1933 als Theologen unterschiedlich reagiert haben, dem wird der Vortrag im Einzelnen nachgehen.

Prof. Dr. Klaus Wengst (ehemals Evangelisch-theologische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum, jetzt Braunschweig)

Dienstag, 21. Januar 2025

PD Dr. Detlef Dieckmann vom Institut für Ev. Theologie und Religionspädagogik an der TU Braunschweig, wird uns an diesem Nachmittag in ein wohl wenig bekanntes Themenfeld einführen:

Das Alte Testament als Krisenliteratur

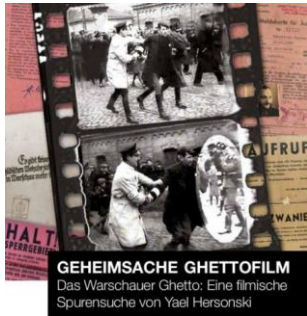
Das Alte Testament ist Dokument einer Krise, weil viele Text wohl im bzw. nach dem babylonischen Exil im 6. Jh. v.u.Z. überarbeitet wurden oder erst entstanden sind. Wie alttestamentliche Texte vor dem Hintergrund von historischen Krisen gelesen werden können, darum



soll es in diesem wissenschaftlich fundierten, aber allgemeinverständlichen Vortrag gehen.

Dienstag, 18. Februar 2025

Filmnachmittag – nicht kommerziell:



Geheimsache Ghettofilm

von: Yael Hersonski



Spurensuche einer jungen israelischen Regisseurin, die in ihrem Dokumentarfilm mit Originalaufnahmen, Zeitzeugenberichten und historischen Quellen auf sehr vielschichtige Weise die manipulative Wirkung von NS-Propagandamaterial aus dem Warschauer Ghetto aufdeckt.

Im Mai 1942, zwei Monate vor Beginn der Massendeportationen in das Vernichtungslager Treblinka, reist ein Filmteam einer NS-Propaganda-Einheit in das Warschauer Ghetto. Die Aufnahmen zeigen Straßenszenen, Handel, aber auch überfüllte Wohnhäuser und die katastrophalen Lebensbedingungen. Besonders inszeniert wird dabei der Gegensatz zwischen einer vermeintlichen reichen Oberschicht und einer im Elend lebenden Unterschicht des Ghettos, um so antisemitische Stereotype wie Geiz oder Habgier zu bedienen.

Die Regisseurin Yael Hersonski stellt den im Deutschen Bundesarchiv aufbewahrten Rohschnitt des nationalsozialistischen Propagandafilms ins Zentrum ihres Dokumentarfilms und zeigt die Aufnahmen erstmals in voller Länge. Sie fragt nach dem Auftraggeber und nach dem Ziel der Aufnahmen. Die Rohfassung des Films ohne Tonspur galt jahrzehntelang als authentisches Archivmaterial. Doch mit Hilfe von Zeitzeugenberichten und Outtakes, die in den 1990er Jahren wieder aufgefunden wurden, deckt Hersonski auf vielschichtige Weise die manipulative Wirkung des Propagandamaterials auf. Sie entlarvt die Methoden der Inszenierung, etwa durch Kameraführung oder durch gezielte Verhaltensanweisungen an die

im Film gezeigten Personen, und hinterfragt konsequent die historische Realität. So wird offensichtlich, wie wichtig eine kritische Auseinandersetzung auch mit vermeintlich authentischen historischen Quellen ist.

Die umsichtige Kommentierung, Kontrastierung und situative Einordnung des Materials führt zu der grundsätzlichen Frage, was Bilder zeigen können – und was nicht, welche Absicht hinter dem Sichtbarem liegt und wofür Bildmaterial generell ge- und missbraucht werden kann. Gerade hinsichtlich der komplexen Bildersprache des Holocaust provoziert Hersonskis Film eine Diskussion um ikonografische Kontinuitäten und Brüche bei der Darstellung von Judenverfolgung und –vernichtung, konstruiert und demontiert gleichermaßen Täterblick und Opferperspektive. Der Dokumentarfilm eröffnet damit wertvolle Zugänge für die historische Bildung einerseits und die Medienpädagogik andererseits.



Nicht vergessen, 26. November 2024: Der besondere Abend

**Klezmer
trifft Bach**

Alex Jacobowitz
Marimbaphon

26. November 2024 um 19 Uhr
An der Katharinenkirche 4
38100 Braunschweig

Dokumente der Unmenschlichkeit



Raquel Erdtmann analysiert in ihrem neuen Buch den Justizmord an Joseph Süßkind Oppenheimer

Das Verfahren war eine Farce, die Justiz im pietistischen Württemberg zutiefst judenfeindlich und der Mord an einem Freigeist, der dennoch sein Judentum lebte und nie konvertieren wollte, ein Skandal. »Seit der Kindheit ein spitzer Stein in meinem Schuh«, so nennt die renommierte Gerichtsreporterin Raquel Erdtmann Lion Feuchtwangers Roman Jud Süß. Sie hat deshalb ein hervorragend recherchiertes, juristisch bestens informiertes und lebendig geschriebenes neues Werk zu

dieser Ur-Blamage der Rechtsfindung in einem deutschen Kleinstaat verfasst. Die Geschichte des Joseph Süßkind Oppenheimer, hundertfach berichtet und beschrieben, wirkt immer noch nach und ist in Zeiten des wachsenden Judenhasses besonders aktuell.

Die meisten Berichte, Erzählungen oder Romane hatten eines gemeinsam: Nur wenige Autoren haben sich intensiv mit den acht Regalmetern Quellen beschäftigt, den Gerichtsakten, Korrespondenzen, Kassibern, der erst seit 2011 zugänglichen »Defensionsschrift« des Verteidigers Michael Mögling oder dem dokumentierten Raub an den Besitztümern des Angeklagten, lang bevor das Urteil gesprochen war.

Seinen Erfolg neideten ihm Christen und Juden gleichermaßen.

Erdtmann aber hat die Schriftstücke akribisch untersucht und lesbar aufbereitet, sie zudem eingeordnet in die Zeitläufte des 18. Jahrhunderts und in die differenzierte Erklärung der Modernität dieses »Wanderers zwischen den Welten«, als den sie Oppenheimer beschreibt. Seinen Erfolg neideten ihm Christen und Juden gleichermaßen, seinen guten Ruf, seine saubere und unangreifbare Geschäftsführung, seinen Stil, seine elegante Sprache, sein charmantes Auftreten, seine Männlichkeit. Seine dem jüdischen Gesetz folgende Wohltätigkeit, Zedaka, kam Juden und Christen zugute.



Oppenheimer hatte früh verstanden, dass er seine Talente nur in jenen Städten, die Juden freizügig Rechte einräumten, entfalten konnte. In Heidelberg und Mannheim baute er sein Geschäftsreich auf, in Frankfurt wagte er es, entgegen allen Vorschriften, außerhalb des Ghettos zu residieren. Erdtmann würde ihn am ehesten als Reformjuden bezeichnen.

Der Glaube hat ihn nie verlassen, eine Taufe kam nicht infrage, wie Oppenheimer es über sich selbst in der dritten Person formulierte: »Er wollte Jud bleiben und kein Christ werden, auch wenn er römischer Kaiser werden könnte.« Die Speisegesetze befolgte er bis zum Schluss im elenden Kerker, wo seine Bewacher ihm unkoscheres Essen vorsetzten.

Oppenheimer trat in den Hungerstreik, war auf der schrecklichen Fahrt zum Stuttgarter Galgen mehr Gerippe als Mensch. Noch direkt an den Leiterstufen zum höchsten Galgen in deutschen Landen offerierten ihm Geistliche die Konversion zum Christentum, egal, ob zum Katholizismus oder zum Protestantismus. Es wäre für seine Peiniger ein Triumph gewesen. Doch Oppenheimers Seele ist ausgegangen unter der Ausrufung des jüdischen Glaubensbekenntnisses, des Schma Israel.

Im Zentrum des Buches steht der Justizmord. Erdtmann analysiert das damalige württembergische Rechtssystem, das diesen Namen nicht verdient. Das Urteil stand ohne Rücksicht auf die vielen entlastenden Schriftstücke schnell fest. Der Finanzrat des verstorbenen Herzogs Carl Alexander von Württemberg sollte hängen. Eine Verteidigung war unüblich, oft gar nicht zugelassen, Oppenheimers Verteidiger hatte keine Einsicht in die Akten. Das Geständnis musste erfolgen, wenn nicht, war Folter das Mittel der Wahl. Dunkler, feuchter Karzer, Hunger, Durst, das Fesseln der Arme an die Füße.

Oppenheimer widerstand. Die entlastenden Dokumente zur Fiskalpolitik des Herrschers und Oppenheimers Aufgaben, die er vorlegte, fanden kein Gehör. Es galt das Prinzip der Rache. Der Ankläger Dr. Jäger, ein ehrgeiziger pietistischer Kleingeist, wollte den Hebräer hängen sehen. Seine Geschäftskonkurrenten wollten den erfolgreichen Berater des Herzogs hängen sehen. Das Volk wollte den Juden hängen sehen. In Zünften organisierte Schmiedegesellen durften den Käfig bauen, in dem der erdrosselte Leichnam sechs Jahre Wind, Wetter und Krähen ausgesetzt war. Der Mord an Joseph Süßkind Oppenheimer ist ein Zeugnis juristisch beglaubigter Schändlichkeit, Erdtmanns Porträt und Analyse ein großartiges Dokument dieser Unmenschlichkeit.

Raquel Erdtmann: »Joseph Süßkind Oppenheimer: Ein Justizmord«.
Steidl Verlag, Göttingen 2024, 272 S., 24 €

© JÜDISCHE ALLGEMEINE 26.08.2024 von Maria Ossowski

COMPASS

der einzigartige Infodienst für christlich-jüdische und deutsch-israelische Tagesthemen im Web!
Täglich aktuell das Neueste über Israel/Nahost, Antisemitismus/Rechtsradikalismus, Erinnern/Gedenken und über den christlich-jüdischen wie interreligiösen Dialog. Dazu gibt es einschlägige Rezensionen und Fernseh-Tipps.

Jetzt fünf tagesaktuelle Ausgaben kostenfrei und unverbindlich probelesen!
Einfach Mail an: abo@compass-infodienst.de Betreff: Probe-Abo
Weitere Infos und Bestellmöglichkeiten: www.compass-infodienst.de

👉👉👉 Save the Date

Die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit lädt Sie herzlich zum Jahresempfang ein.

Dienstag, 4. Februar 2025 um 19.00 Uhr

Gemeindezentrum St. Katharinen (Hagenmarkt)

Vom Jüdischer Präsident der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit,

Prof. Dr. **Rabbiner Andreas Nachama**

haben wir bereits eine Zusage für einen Vortrag erhalten.



Kulturen erleben,
Menschen begegnen.



22. – 26. April 2025

Prag Schicksal osteuropäischer Juden

5-tägige Gruppenreise mit der Gesellschaft
für christl.-jüd. Zusammenarbeit Nds.-Ost



Lust darauf,
in Gemeinschaft
zu verreisen?



Highlights

- Busreise ab/an Braunschweig
- Prager Hradschin (Burgstadt)
- Terezin (Theresienstadt)
- Jüdisches Viertel Josefov
- Stadtrundgang Prag
- Lidice
- Bequemes Reisen: ohne Hotelumzug

Über die Reise

Wer den jüdischen Spuren in Osteuropa folgt, kommt an Prag nicht vorbei. Hier spiegelt sich das Schicksal aller osteuropäischen Juden wider - von der ersten Ansiedlung über die Einrichtung von Ghettos, der damit zusammenhängenden Einschränkungen, Pogromen und Vertreibungen, bis zu ihrer weitgehenden Vernichtung unter dem Nationalsozialismus im 2. Weltkrieg. Die Spuren jüdischer Kultur, prominenter Talmudisten und deutsch-jüdischer Schriftsteller blieben jedoch erhalten. Jenen Spuren werden wir auf dieser Reise folgen.

Preis: ab 1.195 €* im DZ
*** ab 15 zahlenden Teilnehmern, EZ-Zuschlag: 190 €**

Preis ab 20 Teilnehmern: 995 €

Anmeldung und Beratung:
Diakon Siegfried Graumann

Gesellschaft für chr.-jüd. Zusammenarbeit Nds.-Ost
0531 - 32 22 64 | sieda99@t-online.de

Reiseveranstalter: *Biblische Reisen GmbH*

Sprechen Sie mich gerne an.

BEITRITTSERKLÄRUNG

zur

Gesellschaft für christl.-jüd. Zusammenarbeit Niedersachsen - Ost e.V.

Auf dem Brink 9, 38112 Braunschweig

Hiermit trete ich der

Gesellschaft für chr.-jüd. Zusammenarbeit Nds.-Ost e.V.
als persönliches / als förderndes Mitglied bei.

Ich werde die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins
unterstützen und den von der Mitgliederversammlung (s.u.)
beschlossenen Mitgliedsbeitrag / einen Förderbeitrag in
Höhe von _____ EUR entrichten.

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

Fax _____

E-Mail _____

Meinen Jahresbeitrag bezahle ich per Einzugsverfahren.

Geldinstitut _____

Konto-Nr. _____ IBAN DE _____

BLZ _____ BIC _____

Datum _____

Unterschrift _____

**Einzelmitglieder € 20.- / Ehepaare € 30.--
Rentner und Studenten € 15.-**